

mitarbeiten 04/2019

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gespräch mit Dr. Christine von Blanckenburg



»Leitlinien sind eine Selbstverpflichtung zum Dialog«

Dialogische Bürgerbeteiligung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind Teil der lokalen Demokratie. Zugleich ist das Verhältnis und das Zusammenspiel beider Ansätze vor Ort nicht immer einfach. Dr. Christine von Blanckenburg, Bereichsleiterin Bürgergesellschaft beim Berliner nexus Institut, spricht im Interview über ihre ambivalenten Erfahrungen mit dialogischer Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie. Sie zeigt, wie sich beide Ansätze verbinden lassen und wieso Dialog grundsätzlich wichtig für die lokale Demokratieentwicklung und politische Kultur ist.

Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und dialogische Formen der Bürgerbeteiligung gehören in Deutschland auf kommunaler Ebene seit vielen Jahren zum Alltag. Welche Erfahrungen haben Sie in ihren Arbeitszusammenhängen mit beiden Formen gemacht?

Wir haben 2014 beispielsweise im Auftrag des Berliner Senats eine Planungszelle mit 75 zufällig ausgewählten Berlinerinnen und Berlinern zur möglichen Bebauung des Tempelhofer Feldes durchgeführt, deren Ergebnisse in einem Bürgergutachten zusammengefasst wurden. Zugleich liefen aber bereits die Vorbereitungen für den später erfolgreichen Volksentscheid, der

sich ja grundsätzlich gegen eine Bebauung ausgesprochen hat. Das hat letztendlich dazu geführt, dass die im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten Ergebnisse der Planungszelle Makulatur waren. Das sind nicht ganz so beglückende Erfahrungen gewesen. Unabhängig von dem konkreten Berliner Sachverhalt lassen sich an diesem Beispiel aber die Stärken und Schwächen von dialogischer und direkter Demokratie gut beleuchten. Dialogische Verfahren sind immer abhängig vom Auftraggeber, die Umsetzung der Ergebnisse ist nicht immer gesichert, die öffentliche Wirkung und Wahrnehmung begrenzt. Und auf der anderen Seite haben wir die

entscheidungsorientierte direkte Demokratie, die die Bevölkerung aktivieren, eine große öffentliche Wirkung und Aufmerksamkeit erzielen kann und die dafür sorgt, dass sich manchmal mehr Menschen an der Abstimmung beteiligen, als zur Wahl gehen. Ein Nachteil der direkten Demokratie ist jedoch meiner Ansicht nach, dass man gelegentlich auch keine Problemlösung hat. Die Frage, wie Berlin mit der Tempelhofer Freifläche umgehen soll, beschäftigt die Stadt beispielsweise bis heute. Eine weitere Erfahrung ist, dass direktdemokratische Entscheidungen nicht selten überwölbt werden durch Motive, die mit der eigentlichen Sachfrage wenig zu tun haben. In Berlin war der Volksentscheid seinerzeit auch eine Abstimmung über die Politik und die Person des damaligen Bürgermeisters, das hatte ja nicht direkt etwas damit zu tun, ob man bauen will und wie man bauen will.

Ein häufiger Vorwurf lautet, dass bei direktdemokratischen Entscheidungen nur mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann und die Fragestellung der Komplexität des Problems häufig nicht gerecht wird.

Das ist in der Tat das Kennzeichen eines Bürgerentscheids oder eines Volksentscheids, es gibt kein Dazwischen und keinen Kompromiss. Zusammen mit der durchaus nötigen Emotionalisierung der Debatten trägt direkte Demokratie so zur Polarisierung bei, die negative Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Kommune haben kann. Es gibt aber auch Beispiele auf lokaler Ebene, dass die Ankündigung eines Bürgerbegehrens Politik und Verwaltung anspornt, sich gleich mit den Initiatoren an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach Kompromissen zu suchen.

Wie lässt sich eine Verbindung zwischen

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Leitlinien sind eine Selbstverpflichtung zum Dialog«

dialogorientierten und direktdemokratischen Beteiligungsverfahren organisieren?

Die Frage, wie sich die Stärken, die es auf beiden Seiten gibt, miteinander verbinden lassen, wird im Moment sehr viel diskutiert. Also auf der einen Seite das Ausgewogene, die Suche nach Kompromiss, das Abwägen der Argumente und die Einbeziehung aller relevanten Akteure und auf der anderen Seite die Durchsetzungsstärke von direkter Demokratie. Eine gute Ergänzung wäre es, jedem Bürgerentscheid ein dialogisches Verfahren möglichst mit einer Zufallsauswahl der Teilnehmenden vorzuschalten, das zum Beispiel die Argumente und die unterschiedlichen Sichtweisen für die Bürgerinnen und Bürger transparent macht. Ob die Bürgerinnen und Bürger, die dann abstimmen, dass tatsächlich auch zur Kenntnis nehmen, ist nochmal etwas anderes. Auch Leitlinien für Bürgerbeteiligung sind natürlich eine Möglichkeit, im Vorfeld schon

ganz viel an Konfliktpotential abzuräumen, in dem die Konflikte auf eine geregelte Art und Weise miteinander geklärt und ausgehandelt werden. Wenn man Leitlinien macht, ist es ja eine Selbstverpflichtung zum Dialog. Überspitzt gesagt, entstehen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide immer dann, wenn im Vorfeld nicht genug beteiligt und geregelt wurde. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass nicht jeder Konflikt in der Kommune beizulegen ist, deshalb wird es auch weiterhin Bürgerentscheide geben.

Trägt die direkte Demokratie zur Stärkung der lokalen Dialogkultur bei?

Das hängt sehr vom Einzelfall und dem Thema ab und lässt sich nicht pauschal beantworten. Meiner Erfahrung nach gibt es aber durchaus problematische Wirkungen im Vorfeld von Bürgerentscheiden im Hinblick auf kommunale Dialogkultur. Durch die Polarisierung und Emotionalisierung der Debatte wird nicht selten ein aufgeheizter Ton

angeschlagen, der den jeweils anderen beispielsweise die Durchsetzung von Partikularinteressen vorwirft. Die Polarisierung kann auch zum Verlust von Vertrauen führen, innerhalb der Bevölkerung und Zivilgesellschaft oder Politik und Verwaltung gegenüber. Zumal immer die Gefahr der populistischen Instrumentalisierung direkter Demokratie besteht. Mein Eindruck ist, dass die direkte Demokratie den sachlichen Austausch von Argumenten manchmal eher verhindert. Die Prozessgestaltung der direkten Demokratie bietet kaum einen Rahmen für einen echten Austausch. Direkte Demokratie produziert immer Gewinner und Verlierer, das sollten wir aber so gut es geht vermeiden. Deshalb ist es wichtig, den häufig emotional geführten direktdemokratischen Kampagnen durch eine Verbesserung der lokalen Dialog- und Beteiligungskultur etwas entgegen zu setzen. Dialog verbessert übrigens auch die Qualität der Entscheidungen.

Neue Publikation

Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie

Welchen Beitrag leistet die Gemeinwesenarbeit zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer neuen Publikation der Stiftung Mitarbeit. Darin zeigen Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis zum Beispiel auf, wieso Dialog als kommunikativer Erfahrungsraum für Gemeinwesenarbeit und Demokratie gleichermaßen wichtig ist.

Im Rahmen von Gemeinwesenarbeit (GWA) kann Demokratie auf sehr verschiedene Weise im Stadtteil lebendig werden. Der vorliegende Band bietet mit seinen siebzehn Beiträgen einen Einblick in die vielfältigen, durch GWA unterstützten Aspekte der Demokratiebildung auf ganz unterschiedlichen Ebenen, er zeigt theoretische Bezugslinien und Beispiele demokratischer Gemeinwesenentwicklung auf.

Milena Riede, Mitherausgeberin der Publikation und Professorin für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik

an der Hochschule für angewandte Pädagogik in Berlin, beschreibt Gemeinwesenarbeit als demokratiefördernde Brückenbauerin, die sich auf drei zentrale Themenfelder fokussieren sollte: die Förderung des sozialen Miteinanders, die Verbesserung von Kommunikation und Konfliktlösung sowie die Entwicklung einer nachhaltigen Zukunftsperspektive. An religions- und parteipolitisch neutralen Orten sollen

für alle Menschen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten angeboten, Brücken zwischen verschiedenen Gruppen im Stadtteil geschlagen und damit soziales Kapital aufgebaut werden. Der kommunikative Austausch und die Konfliktvermittlung werden im Rahmen verschiedener Partizipations- und Dialogsettings gefördert und konstruktiv bearbeitet. Von großer Bedeutung für das Zusammenleben im Quartier und eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung ist auch eine gemeinsame Visionssuche, um zusammen an einer positiven und demokratischen Zukunftsentwicklung zu arbeiten.



Milena Riede/Frank Dölker (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie. Bonn 2019, Verlag Stiftung Mitarbeit, mitarbeiten.skr ipt Nr. 13, 118 S., 8,00 Euro, ISBN 978-3-941143-39-5, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Bürgerbeteiligung durch Leitlinien stärken

Von Bad Homburg bis Wuppertal: immer mehr Städte und Gemeinden in Deutschland entwickeln verbindliche Regelungen, um Bürgerbeteiligung vor Ort auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Ein aktueller Themenschwerpunkt im Newsletter des Netzwerks Bürgerbeteiligung stellt nun weitere Kommunen vor, die in letzter Zeit Erfahrungen mit dieser Form institutionalisierter Bürgerbeteiligung gemacht haben.

Bundesweit gibt es vielerorts Fortschritte in der Entwicklung von Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die kommunale Bürgerbeteiligung. Leitlinien bieten mit ihren gemeinsam zwischen Bürger/innen, Politik und Verwaltung vereinbarten Regeln und Selbstverpflichtungen einen verlässlichen Rahmen für die Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen. Sie tragen gleichzeitig zur Etablierung einer kommunalen Beteiligungskultur bei.

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat im März 2019 das Regelwerk Bürgerbeteiligung beschlossen, das mit seinen Grundsätzen und

Angeboten künftig Grundlage für die städtische Bürgerbeteiligung ist. Nadja Wersinski, Referentin in der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung im Fachbereich Demokratie und Strategie der Stadt Mannheim, stellt in ihrem Beitrag den Prozess vor, der zur Implementierung des Regelwerks geführt hat. Sie erläutert, warum sich die Stadt bewusst gegen eine dialogische Besetzung bei der Erarbeitung des Regelwerks entschieden hat und berichtet über die in der Pilotphase gewonnenen Erfahrungen.

Auch die Universitätsstadt Marburg hat eine Initiative gestartet, um die Bürgerbeteiligung in der

Kommune weiterzuentwickeln. Die Erweiterung der bereits bestehenden Möglichkeiten zu Beteiligung hatte dabei das Ziel, möglichst alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt einzubeziehen. Ob dies gelungen ist, erläutert die Leiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung in Marburg, Griet Newiger-Addy, in ihrem Gastbeitrag.

Wie gelingt es, den Einwohnerinnen und Einwohnern einer Stadt Lust auf Mitwirkung zu machen? Diese Frage stellte sich die brandenburgische Stadt Treuenbrietzen mit ihren etwa 7.500 Einwohner/innen. Unter Einbeziehung von Verwaltung, Politik und Einwohner/innen wurde ein Regelwerk mit sieben Prinzipien für Bürgerinformation und -beteiligung erarbeitet. Franziska Brocksch und Frank Ulmer stellen in ihrem Beitrag die Prinzipien vor und erklären, warum die Stadt bewusst einen anderen Weg gegangen ist als viele andere Leitlinienkommunen.

Der vollständige Themenschwerpunkt mit allen Beiträgen im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/enewsletter/enewsletter-2019/enewsletter-nr-22019/

Verlagsprogramm

Wege aus der Gewalt

Ausländerfeindliche Aktionen und Sprüche, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt gegen Andersdenkende, Ausgrenzung und Mobbing sind Teil unserer Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, so früh wie möglich zu lernen, Konflikte gewaltfrei und dialogisch zu lösen. Eine praxisnahe Publikation der Stiftung Mitarbeit zeigt, wie dies gelingen kann.

Die Bereitschaft, die Dinge mit den Augen anderer zu sehen und die Fähigkeit, Konflikte friedlich zu regulieren, sind demokratische Schlüsselqualifikationen, die in Schule und Unterricht ebenso vermittelt werden müssen, wie die fundamentalen Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens, so eine Kernaussage des Buchs.

Das in Zusammenarbeit mit dem Bund für soziale Verteidigung (BSV) entstandene Trainingshandbuch stellt vor diesem Hintergrund ein Seminarkonzept für die außerschulische Jugendarbeit vor. Es

zielt darauf ab, in einer Art Schneeballsystem (ehrenamtlichen) Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit in Grundtechniken der konstruktiven und demokratischen Konfliktaustragung zu qualifizieren, damit sie diese an andere Jugendliche weitervermitteln können. Die Autorin und der Autor



des Buchs, Heike Blum und Detlef Beck, beschreiben praxisnah zahlreiche methodische Übungen und Trainingselemente, die insbesondere den ehrenamtlichen Trainer/innen Sicherheit und Vertrauen vermitteln sollen. Informationsmaterialien

und verschiedene Hintergrundtexte zu den Themen Zivilcourage, konstruktive Konfliktlösung oder Gewaltfreiheit runden die Publikation ab. Obwohl bereits 2003 erschienen, ist das Trainingshandbuch so aktuell wie eh und je.

Heike Blum/Detlef Beck: *Wege aus der Gewalt. Trainingshandbuch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Jugendarbeit.* Bonn 2003, Verlag Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 22, 102 S., 6,00 Euro, ISBN 978-3-928053-71-6, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de

Starthilfeförderung – Antragsfristen 2020

Die Stiftung Mitarbeit vergibt seit vielen Jahren Starthilfeforschüsse an kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen und personellen Ressourcen sowie an neue Initiativen und junge Vereine, die in den Bereichen Soziales, Politik, Bildung jenseits von Schule, Kultur und Umwelt innovativ tätig sind. Wesentlich dabei ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Mit der Starthilfeförderung will die Stiftung Mitarbeit

Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Antragsfristen für Starthilfeförderträge im kommenden Jahr sind der 24. Februar, 1. Juni, 17. August und der 2. November 2020.

Nähere Informationen bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de) oder Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Aus den Gremien – Neu im Stiftungsrat

Marie Hoppe und Gabriele Winkler sind neue Stiftungsrätinnen der Stiftung Mitarbeit. Beide wurden im Oktober 2019 für vier Jahre in das Gremium gewählt. Marie Hoppe ist Diplom-Psychologin, systemische Beraterin und zertifizierte Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung. Seit 2015 arbeitet sie bei der Hans-Wendt-Stiftung in Bremen. Davor war sie vier Jahre lang Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft und für

ihre Fraktion Sprecherin für Bürgerbeteiligung. Gabriele Winkler leitet die Außenstelle von Engagement Global gGmbH in Stuttgart, sie ist zuständig für die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Die gemeinnützige Gesellschaft Engagement Global versteht sich als Servicestelle für entwicklungs-politisches Engagement, sie berät und qualifiziert Zivilgesellschaft und Kommunen, private Träger und Einrichtungen. Wir gratulieren!



Unter dem Motto »Was für ein Vertrauen« fand der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag in Dortmund statt. Die Stiftung Mitarbeit präsentierte sich mit einem eigenen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten im Themenbereich »Politik und Gesellschaft«. Zahlreiche Gäste und Interessierte konnten sich in lockerer Atmosphäre über die Arbeit und Angebote sowie die verschiedenen Handlungsfelder der Stiftung Mitarbeit informieren. Das Team der Stiftung Mitarbeit dankt allen Besucherinnen und Besuchern für anregende Gespräche und inspirierende Kontakte. Ein Fotorückblick auf den 37. Evangelischen Kirchentag im Netz unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen/rueckblick/kirchentag/evangelischer_kirchentag_2019

Seminare

Bestellseminare 2020

Neben den allgemein ausgeschriebenen Seminaren bietet die Stiftung Mitarbeit »Bestellseminare« an. Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Initiativen, die sich als Gruppe allein oder gemeinsam mit anderen Initiativen derselben Region oder desselben Handlungsfelds weiterqualifizieren wollen, können ein entsprechendes Tages- oder Wochenendseminar in der Bundesgeschäftsstelle »bestellen«. Das Seminar wird speziell auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten. Es können sowohl ganze Seminare als auch einzelne Bausteine oder Elemente gebucht werden, beispielsweise zur interkulturellen Kompetenz im Engagement, zur Freiwilligenkoordination und erfolgreichen Projektplanung oder zum Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen. Eine ausführliche Übersicht aller Bestellseminare gibt es im Netz unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen/bestellseminare/.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14
BIC GENODED1BR5

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern gefördert.